

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Nach langer Corona-Pause haben wir unser Diskussionsformat **„75 Minuten KlarText“** wiederbelebt. Gemeinsam mit den beiden Oldenburger Landtagsabgeordneten Hanna Naber und Ulf Prange durfte ich wieder mit euch persönlich diskutieren. Dabei kamen verschiedene Themen aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, aber auch Wünsche und Anregungen für die Stadt Oldenburg zur Sprache.

Von A wie Anwohnerparken bis Z wie Zeitenwende: Wir standen euch 75 Minuten lang Rede und Antwort. Aus euren vielen Fragen und guten Anregungen haben sich verschiedene Themen und regsame Diskussionen entwickelt.

Besonders gefreut habe ich mich, dass die Veranstaltung im Café „Herz“ nach dreijähriger Auszeit so gut besucht war und so unterschiedliche Inhalte auf den Tisch kamen.

Ich bedanke mich bei allen, die mit uns so aktiv diskutiert haben und freue mich schon jetzt sehr auf die nächste Diskussionsrunde im Format **„75 Minuten KlarText“**, die wir in den nächsten Monaten planen.

Ever 10.15

## Entlastung und Fortschritt: Deutschlandticket ab Mai

### Bundesweit gültig und monatlich kündbar

Es ist geschafft: Wir haben das Deutschlandticket auf den Weg gebracht. Das Ticket kann ab April 2023 im Abonnement gekauft werden und soll ab Mai gültig sein. Es kostet 49 Euro, ist monatlich kündbar und wird vorübergehend auch in Papierform angeboten. Deutschlandweit können damit Busse und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr genutzt werden.

Mit dem Deutschlandticket entlasten wir Millionen Menschen von den Inflationsfolgen, machen beim Thema klimafreundliche Mobilität einen ordentlichen Schritt nach vorne und stärken gleichzeitig den Nah- und Regionalverkehr in unserem Land.

Was genau ist das Deutschlandticket? Das Deutschlandticket ist der

Nachfolger des erfolgreichen 9-Euro-Tickets, das im Sommer 2022 aktionsweise angeboten wurde.

Was kostet das Deutschlandticket? Das Ticket soll 49 Euro im Monat kosten. Der Preis ist fair und günstiger als die meisten regional begrenzten Monatskarten. Um das Deutschlandticket zu finanzieren, stellt der Bund den Ländern 1,5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung. Die Bundesländer leisten einen Betrag in derselben Höhe.

Ich freue mich, dass wir mit dem Deutschlandticket ein Angebot schaffen, das für viele Menschen attraktiv und unkompliziert nutzbar ist und die Verkehrswende ein großes Stück voranbringt.

# Neue Regeln machen Vereinsarbeit leichter

Mitgliederversammlungen von Vereinen künftig digital möglich

Mitgliederversammlungen von Vereinen und Parteien, die nicht in Präsenz, sondern digital in Form von Videokonferenzen stattfinden, sind seit Corona-Zeiten ein vertrautes Bild. Im Bundestag haben wir nun beschlossen, diese Form von digitalen Zusammenkünften auch in Zukunft zu erleichtern.

Vor der Pandemie mussten die Möglichkeiten für hybride oder rein digitale Versammlungen in der Satzung des Vereins festgeschrieben sein. Der Bundestag hatte dazu im März 2020 eine bis zum 31. August 2022 befristete Regelung beschlossen, nach der

virtuelle Mitgliederversammlungen generell und ohne Satzungsänderungen möglich sind.

Auch abseits einer Pandemie sind digitale Teilnahmemöglichkeiten für Vereine und Mitglieder eine große Erleichterung. Hybride Versammlungen haben sich bewährt und bieten enorme Vorteile, um die Beschlussfähigkeit von Vereinen sicherzustellen.

Als Reaktion beraten wir einen Gesetzesentwurf des Bundesrats und einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der diese Regelung verstetigen soll. Künftig können Vor-

stände von Vereinen und Stiftungen Versammlungen in einer hybriden Form einberufen, immer unter der Voraussetzung der Teilnahme mit Ton und Bild.

Zusätzlich ermöglichen wir es den Vereinen, dass die Mitgliederversammlung ohne Änderung der Satzung zum Beispiel den Vorstand ermächtigen kann, die Versammlung in virtueller Form abzuhalten.

Dadurch stärken wir ehrenamtliches Engagement und entlasten die Gerichte, die Satzungsänderungen bearbeiten müssten.



Foto: Rainer Sturm / pixelio

## HINTER DEN KULISSEN Reichstagsbrand vor 90 Jahren in Berlin

Ein Ereignis, das den Weg zur NS-Diktatur ebnete

Vor rund 90 Jahren, in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur, brannte in der Nacht auf den 28. Februar 1933 das Reichstagsgebäude. Fast sofort war klar, dass es sich um eine Brandstiftung handelte.

Allerdings ist bis heute strittig, ob der Brand von dem 24-jährigen Maurer Marinus van der Lubbe allein gelegt wurde oder ob es weitere Täter gab.

Bis heute hält sich auch die These, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag selbst in Brand gesteckt,

um die darauffolgende Welle der Unterdrückung zu rechtfertigen.

Die Rettungsversuche waren vergebens, das Gebäude brannte aus. Das nationalsozialistische Scheinparlament, in dem ab Mitte 1933 nur noch Nationalsozialisten Abgeordnete waren, tagte daher nicht im Reichstagsgebäude, sondern in der gegenüber gelegenen Krolloper. Adolf Hitler hat auch also auch nie eine Rede im Reichstagsgebäude gehalten. Durch die Kriegswirren und die Zeit der deutschen Teilung konnte der Bun-

destag erst Ende der 1990er Jahre nach Berlin zurückkehren.

Nach dem Brand verabschiedete die Reichsregierung die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, die wichtige Grundrechte außer Kraft setzte. Die Polizei verhaftete, „unterstützt“ von der SA, zehntausende politische Gegner des Nationalsozialismus. Es entstanden erste „wilde“ Konzentrationslager. Der Reichstagsbrand bildet daher auch den Beginn der Unterdrückung Andersdenkender in der Hitlerdiktatur.



Das Reichstagsgebäude heute / Thomas Trutschel/photothek





16. Februar – Mit Karin Logemann MdL habe ich die Firma JUTEC in Rastede besucht.



20. Februar – Gespräch über die Anerkennung des Völkermordes im Êzîdîschen Forum in Oldenburg.



21. Februar – Zusammen mit Siemtje Möller MdB habe ich die Schlosskirche in Varel besichtigt.



22. Februar – Beim Monumentendienst in Ahlhorn ging es um den Schutz unseres kulturellen Erbes.

## GESETZENTWURF

# Extremisten schneller aus Dienst entfernen

Gesetzentwurf beschlossen:  
Disziplinarrecht wird verschärft

Die Weichen sind gestellt. Im Kabinett haben wir beschlossen, Verfahren gegen Extremisten und Verfassungsfeinde zu beschleunigen. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen: Wir dulden keine verfassungsfeindlichen Extremisten im öffentlichen Dienst.

Bislang ist es so, dass Jahre vergehen, bis Extremisten tatsächlich aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden können. Derartige Schritte gegen BeamtInnen muss der Dienstherr vor Gericht durchsetzen. Wir wollen, dass das deutlich schneller geht. Dafür

sollen entsprechende Maßnahmen in einer sogenannten Disziplinarverfügung direkt angeordnet werden können.

Wie sehen solche Maßnahmen konkret aus? Maßnahmen, die in Zukunft in Disziplinarverfügungen direkt verfügt werden können, betreffen etwa die Entfernung aus dem Dienst, aber auch Zurückstufungen oder die Aberkennung des Ruhegehalts.

Wen betrifft die Änderung? Die Gesetzesänderung betrifft ausschließ-

lich Bundesbeamte, nicht aber Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst. Die Länder haben für ihre Beamten eigene Maßnahmen. Die Grundsätze unseres Rechtsstaat bleiben dabei natürlich gewahrt.

Wichtig zu betonen ist, dass sich derartige verfassungsfeindliche Vorgänge auf Einzelfälle beziehen. Die große Mehrheit der BundesbeamtInnen verhält sich korrekt. Auch ihre integrere Arbeit und das Vertrauen in den öffentlichen Dienst soll durch die Reform geschützt werden.



Foto: Deutscher Bundestag / Achim Melde



## Treffen mit der Friseur-Innung Ammerland in Westerstede

### Wichtiges Thema: Ausbildungssituation

Im Februar habe ich mich mit Vertretern der Friseur-Innung zum Gespräch getroffen. Ihre Arbeit ist selbstverständlicher Teil unseres Alltags. Doch wie viele andere Handwerksbetriebe leiden auch Friseurinnen und Friseure unter den Folgen der Inflation und dem Fachkräftemangel, speziell der schwierigen Ausbildungssituation.

In Westerstede habe ich mich u.a. mit der Obermeisterin Kerstin Hauser von der Friseur-Innung und dem Kreishandwerksmeister Andreas Speckmann darüber ausgetauscht, wie der Bund zu den richtigen Rahmenbedingungen für Friseurinnen

und Friseure beitragen und geeignete Lösungen finden kann.

Die Friseur-Innung Ammerland gehört zum Landesverband des niedersächsischen Friseurhandwerks, der etwa die Interessen gegenüber Behörden und Politik vertritt, aber auch Tarifverträge für Auszubildende und Arbeitnehmer festsetzt und sich um Weiterbildung kümmert.

Durch offene Gespräche wie diese kann ich Probleme aus der Praxis meines Wahlkreises in die Debatten des Parlaments tragen und so an Lösungen arbeiten.

## Wertvoller Austausch im Êzîdischem Forum Oldenburg

### Verbrechen als Völkermord anerkannt

Am 19. Januar 2023 haben wir im Deutschen Bundestag die Verbrechen des sogenannten „IS“ im Jahr 2014 an den ÊzîdInnen offiziell als Völkermord anerkannt und der Opfer gedacht. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich Mitglieder des Êzîdischen Forums Oldenburg eingeladen, diese historische Debatte im Bundestag live mitzuverfolgen.

Mir ist es wichtig, auch weiterhin mit der Gemeinde im Gespräch zu bleiben. Am 20. Februar war ich zu einem

Austausch über den Beschluss im Forum zu Gast. Wir haben gemeinsam darüber diskutiert, was die Anerkennung für die Community bedeutet, was nächste Schritte sind und welche Themen derzeit im Forum diskutiert werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals herzlich für den wertvollen Austausch bedanken. Es ist richtig, dass wir die Mitglieder des Êzîdischen Forums im Kampf für historische Gerechtigkeit unterstützen.

ANNIKA FERBER



In meinem Wahlkreisbüro gibt es ein neues Gesicht: **Annika Ferber** übernimmt ab März die Elternzeitvertretung für Malte Ringer.

Annika wird sich unter anderem um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kümmern, mich bei der Erstellung meines monatlichen Newsletters unterstützen, die Homepage auf dem neuesten Stand halten und mir bei der Beantwortung von Bürgeranfragen behilflich sein.

Die studierte Germanistin arbeitet seit vielen Jahren als Journalistin und leitete zuletzt die Online-Kommunikation eines Hamburger Unternehmens.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### Berliner Büro

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)  
f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)  
t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)